



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 28.10.2017:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, *dan-news*, *lug-info* sowie *tass* und *ria.ru*

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Dan-news.info: Erklärung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa
Die Ukraine schafft vorsätzlich Hindernisse auf dem Weg der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass. Eine Reihe von Gesetzesentwürfen, die Kiew angenommen hat und plant anzunehmen, widersprechen offen den Minsker Vereinbarungen. Die letzten in der Obersten Rada registrierten Gesetzesentwürfe, die den Donbass betreffen, werden im Fall ihrer Annahme faktisch eine Absage an die Minsker Vereinbarungen bedeuten.

Die ukrainische Regierung demonstriert, dass der Staat nicht die Absicht hat, den Konflikt im Donbass auf diplomatischem Weg im Rahmen der Realisierung des Maßnahmenkomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu lösen. Kiew diskriminiert die Einwohner des Donbass, indem es sich weigert, soziale Zahlungen auszuführen und eine Blockade der Republiken schafft. Dabei sucht die Ukraine weitere Schuldige für ihre eigenen Verbrechen und versucht, die Verantwortung auf andere Länder zu legen, indem sie sie Aggressorstaaten nennt. Ich will daran erinnern, dass das IKRK in seinen offiziellen Dokumenten den Konflikt im Donbass einen inneren Konflikt nennt.

Im Vorfeld des Treffens rufe ich die ukrainische Seite ein weiteres Mal zu einem konstruktiven Dialog, zur Einhaltung des internationalen Rechts und zur Erfüllung der im Rahmen der Minsker Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen auf.

Dan-news.info: Kommentar des Leiters der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin über die Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass

Das humanitäre Programm zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass, das bereits seit einem halben Jahr in Kraft ist, ist ein sehr wichtiges Projekt, das unsere Landsleute, die auf jener Seite der Kontaktlinie leben, unterstützen soll und eine Trennung der jahrhundertealten kulturellen und historischen Verbindungen innerhalb eines Volkes nicht zulassen soll.

Das Interesse an diesem Programm wächst geometrisch, derzeit haben bereits mehr als 12.000 Menschen Unterstützung aus den verschiedenen Bereichen des Programms erhalten.

Derzeit brauchen die Einwohner des Donbass, die auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium leben, wirklich äußerst dringend Unterstützung und Hilfe, aber die ukrainische Regierung hält es nicht für nötig, die Bedürfnisse ihrer Bürger zu berücksichtigen.

Wir alle sehen sehr gut, in welcher Situation sich die Einwohner befinden, die auf jener Seite der Abgrenzungslinie leben. Sie werden gejagt, verfolgt, ihre verfassungsmäßigen Rechte werden

verletzt (sowohl das Recht auf Gedankenfreiheit und Freiheit des Wortes als auch auf freie Äußerung ihrer Ansichten und Überzeugungen, auf kostenlose Bildung und medizinische Versorgung). Unsere Landsleute werden buchstäblich „ausgehungert“.

Aber die ukrainische Regierung hört damit noch nicht auf. Anstatt dem Volk des Donbass mit gemeinsamen Anstrengungen zu helfen, legt Kiew alle Anstrengungen darein, dem humanitären Programm entgegen zu wirken, um die helfende Hand zurückzustoßen, die die Einwohner der DVR ihren Landsleuten reichen.

Die Ukraine scheut vor keinen Mitteln zurück, alle möglichen Mittel werden genutzt, um ihren Bürger nicht die Möglichkeit zu geben, die Hilfe zu nutzen, die die Republiken bieten: es handelt sich sowohl um allgemeine systematische Einschüchterung der Bevölkerung als auch um administrative Handlungen.

So gibt es Fälle, dass ukrainische Notare Beglaubigungen des Erhalts von Zahlungen um das Neunfache erhöht haben, es wurde ein Triathlon-Trainer abgesetzt, weil er an Sportveranstaltungen auf dem Territorium der DVR teilgenommen hat, eine Lehrerin, die eine Anmeldung zu einem harmlosen Wettbewerb abgeschickt hat, wurde von Vertretern des Sicherheitsdienstes der Ukraine direkt in der Schule vor den Augen der Kinder verhört, es werden regelmäßig Verleumdungen des humanitären Programms über die ukrainische Medien verbreitet.

Dabei geben einzelne Vertreter der ukrainischen Politik offen zu, dass das humanitäre Programm effektiv funktioniert, seine Popularität wächst, immer mehr Einwohner des Donezker und Lugansker Oblast wenden sich an die Republiken um Unterstützung im Rahmen dieses Projekts. Aber diesen Erklärungen folgt nicht das Bestreben, konstruktiv mit uns einen Weg der Verbesserung der humanitären Situation im Donezker und Lugansker Oblast zu erörtern, sondern nur eine weitere Rund von Druck und Einschüchterung des vielgeprüften Donbasser Volkes.

Wir halten eine solche Lage der Dinge kategorisch für nicht akzeptabel und rufen die Ukraine auf, aufzuhören das Leben ihrer Einwohner zu verschlechtern. Unter Bedingungen, unter denen die Bevölkerung der von Kiew kontrollierten Territorien nicht die notwendige Unterstützung von ihren Behörden erhält, ist der Widerstand Kiews gegen die, die dem Volk des Donbass helfen wollen, den notwendigen Lebensstandard zu erhalten und die nicht zulassen, dass es unter den Bedingungen der nicht endenden Kriegshandlungen auseinandergerissen, nicht nur eine Verletzung der Menschenrechte, sondern eine offene Erscheinung von Brutalität und Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal seiner Bürger.

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zu den Ergebnissen der Sitzung der politischen Untergruppe

Eine weitere Sitzung der politischen Gruppe war leider nicht von irgendwelchen wesentlichen Bewegungen gekrönt: die ukrainischen Vertreter weichen weiter einem konstruktiven Dialog aus. Ihre Weigerung, den grundlegenden Punkt der politischen Tagesordnung zu erörtern – die Ordnung zum Inkrafttreten des besonderen Status des Donbass – begründet die Ukraine damit, dass die Formel Steinmeier ein Teil eines Fahrplans ist, an dem im Normannischen Format gearbeitet wird. Ein solches Argument ruft, gelinde gesagt, Unverständnis hervor, weil alle politischen Fragen zu dem Fahrplan gehören. So schlagen die Vertreter der Ukraine praktisch direkt vor, den Verhandlungsprozess in Minsk zu blockieren und die Punkte des Maßnahmekomplexes nicht zu erfüllen, weil ihre Realisierung in Konsultationen und in Abstimmung in erster Linie mit den Republiken erfolgen muss. Diese Position Kiews ist doppelt erstaunlich, wenn man sich daran erinnert, dass jetzt diplomatische Berater der Regierungschefs des normannischen Formats an dem Fahrplan arbeiten und der Präsident der Ukraine selbst zweimal persönlich der Formel Steinmeier auf den Gipfeln der normannischen Vier zugestimmt hat.

Dabei schlagen unsere Gegner vor, sofort zur Erörterung der Frage der Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenzen überzugehen und vergessen dabei, dass die Kontrolle über die Grenzen erst dann Diskussionsgegenstand werden kann, wenn eine vollständige und allumfassende politische Regelung des Konflikts im Donbass erreicht ist. All dies zeugt davon, dass Kiew mehr

mit der Erfindung neuer Mittel zur Verzögerung des Verhandlungsprozesses beschäftigt ist als mit einem sachbezogenen Dialog im Namen einer möglichst schnellen Wiederherstellung des Friedens im Donbass.

Lug-info.com: Erklärung der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kozewa
Im Februar dieses Jahres haben die Republiken mit der Realisierung des humanitären Hilfsprogramms für die Landsleute begonnen, die auf dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Teil des Donbass leben. Leider legt die Ukraine seit den ersten Tagen der Arbeit des Programms alle möglichen Hindernisse für die Bevölkerung in den Weg. Nicht selten wird die Hotline des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass ohne jede Begründung vom Mobilfunkoperator „Vodafone Ukraina“ blockiert. Außerdem hat die ukrainische Seite aus unerklärlichen Gründen die Kosten für eine Beglaubigung auf das Dreifache (von 300 Griwna auf mehr als 1000) über den Erhalt von finanzieller Hilfe für bedürftige Einwohner des von Kiew kontrollierten Territoriums erhöht. Aber trotz dieser Hindernisse haben Tausende von Menschen Unterstützung im Rahmen des humanitären Programms erhalten, sowohl Beratung als auch materielle Hilfe. Das Verhalten der Regierung der Ukraine kann nur Genozid am eigenen Volk genannt werden. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Verelendung der Bevölkerung, der Streichung der meisten sozialen Programme, der Durchführung von „Reformen“ im Bereich der Bildung und Medizin verbietet das offizielle Kiew der Bevölkerung faktisch zusätzlich, Unterstützung anzunehmen, die im Rahmen des humanitären Programms geleistet wird. Gleichzeitig haben wir auf dem Hintergrund der offenen Atmosphäre des Widerstandes von Seiten der Ukraine gegen das humanitäre Programm erreicht, die Kiewer Regierung zu zwingen, den Bürgern der Ukraine Unterstützung zu leisten: Im Rahmen der Gesundheitsreform wurde neulich die Frage der Implantation von Herzschrittmachern für alle, die diese benötigen, gelöst. Wir haben die Ukraine nie in Teile aufgeteilt und haben uns nicht von unseren Landsleuten, die auf dem von der Ukraine kontrollierten Teil des Donbass leben, abgewandt. Wir haben Anstrengungen darein gelegt, Frieden und Wohlergehen im Lugansker und Donezker Gebiet zu erreichen und werden das weiter tun.

Lug-info.com: Bericht der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa
Hauptfrage der Erörterung ist die Befreiung der festgehaltenen Personen, aber dieser Prozess wird von der ukrainischen Seite blockiert und politisiert, die statt einer Erfüllung der Minsker Vereinbarungen, insbesondere der Annahme eines Amnestiegesetzes und der Befreiung der Personen, die an den Ereignissen im Donbass beteiligt waren, vorschlägt, die festgehaltenen Personen nach Kategorien einzuteilen. Sie bringen nur Erklärungen vor, wen sie freilassen können und wen nicht, und „vergessen“ dabei völlig, dass die Minsker Vereinbarungen ein internationaler Rechtsakt sind, gemäß dem die Ukraine ihre Gesetzgebung ändern muss, ein Amnestiegesetz annehmen und die Menschen von strafrechtlicher Verantwortung befreien. Das Abgehen Kiews von den übernommenen Verpflichtungen liegt auf der Hand. Dies ist bereits eine Visitenkarte Kiews.

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego darüber, dass Kiew die Erörterung der Frage der Öffnung des KPP „Solotoje“ in eine Sackgasse bringt
Die Öffnung des KPP „Solotoje“ ist ein ukrainischer bunter Hund. Es ist ihnen gelungen, die Erörterung dieser Frage auf der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk wieder in eine Sackgasse zu bringen. Die Ukraine hat sich gemäß seit langem gültiger Tradition als nicht bereit erwiesen, die Deklarationen durch reale Schritte zu bestätigen. Und all ihre öffentlichen Aussagen auf den Sitzungen und in den Massenmedien waren ausschließlich auf die Schaffung eines

Spannungsfaktors in der Erörterung der Öffnung des KPP „Solotoje“ gerichtet. Was nach ihrer Meinung logisch den dritten Versuch einer provokativen „feierlichen Eröffnung“ und Inbetriebnahme des Punktes erklären wird, das Passierenlassen von Menschen auf einseitige Weise, ohne Abstimmung mit unserer Seite und selbst ohne die Notwendigkeit der Einrichtung einer zuverlässigen Infrastruktur auf unserer Seite zu beachten. Dieses Szenario haben wir im März 2016 beobachtet, dann im November desselben Jahres. Beide Male endeten mit einer Serie lautstarker Erklärungen und Beschuldigungen in Richtung LVR.

All unsere Versuche, die Vertreter der Ukraine zu einer Erörterung von realen Schritten zur Öffnung des KPP zu bewegen, stießen auf offenen Unwillen bis hin zu aktivem Widerstand.

Um von der ukrainischen Seite eine Bestätigung der Absicht zu erhalten, die Frage nicht zu politisieren, sondern real über die Eröffnung des KPP für die Bürger in Solotoje zu sprechen, haben wir völlig offensichtliche Bedingungen gestellt:

Solotoje gleichzeitig mit der Ermöglichung der Passage humanitärer Güter über die Brücke in Stschastje zu öffnen und nach dem Abschluss der Trennung von Kräften und Mitteln in Staniza Luganskaja. Das erste ist bereits vereinbart und von den Seiten unterschrieben (gemäß der Rahmenvereinbarungen, die am 21.09.16 in Minsk unterzeichnet wurden, sollte die Trennung bereits im November des letzten Jahres abgeschlossen sein), und das zweite ist offensichtlich ausschließlich auf die Gewährleistung humanitärer Rechte der Bürger gerichtet (auf die Verkürzung des Weges zur Lieferung humanitärer Güter besteht nicht erst seit einem Jahr die UNO und das IKRK, nicht zu reden von weniger bekannten internationalen humanitären Missionen). Aber sie werden von den Vertretern der Ukraine als unüberwindbare Hindernisse angesehen..

Wenn es nicht die Unterstützung der OSZE und des IKRK in den Fragen der Organisation der Finanzierung des Baus der Infrastruktur des KPP in Solotoje auf unserer Seite gäbe, wäre wohl auch die dritte Bedingung von der Ukraine abgewiesen worden. Aber bisher sind sie nicht bereit, offen gegen die OSZE aufzutreten.

Trocken zusammengefasst haben wir folgendes vorliegen:

- Die Ukraine beschuldigt systematisch und öffentlich uns des Unwillens, den KPP „Solotoje“ zu eröffnen, und weigert sich, dabei ihre Bereitschaft zu zeigen und reale Schritte zur Vorbereitung der Eröffnung in Betracht zu ziehen;
- die Vertreter der Ukraine verstehen sehr gut, dass eine Passage von Menschen ohne entsprechende Infrastruktur auf unserer Seite zu organisieren nicht möglich ist, und versuchten am 20. Oktober demonstrativ Menschen passieren zu lassen und haben Aufsehen in ihren Medien geschaffen, indem sie am KPP in Staniza Luganskaja die Öffnung von „Solotoje“ bekannt gegeben haben und vorsätzlich alle Geldautomaten im Umkreis des KPP geschlossen haben (der hauptsächlich Strom sind dort Rentner, die die Abgrenzungslinie überschreiten in der Hoffnung Geld abheben zu können);
- die internationalen humanitären Missionen bestehen seit mehr als zwei Jahren auf der Verkürzung des Wegs zur Lieferung ihrer Güter in die LVR, dafür ist die beste Strecke die Brücke in Stschastje, aber die Ukraine ignoriert unsere Vorschläge, die bereits im September bezüglich dieses KPP vorgelegt wurden; dabei teilt der stellvertretende Leiter der „Lugansker militärisch-zivilen Administration“ in einer offiziellen Antwort an die Bürger zu dieser Frage mit, dass „Terroristen“ die Öffnung der Brücke in Stschastje behindern.

Der Schluss ist offensichtlich: Die Ukraine hat ihre Aufgabe erfüllt – am 20. Oktober wurde eine Provokation mit Unterstützung der „militärisch-zivilen Administration“ realisiert und unter dem ständigen Blick von Kameras der ultranationalistischen Presse und „unparteiischer“ OSZE-Beobachter, die in Sewerodonezk stationiert sind (die am 10. und 12. Oktober zweimal die Maßnahmen zur Vorbereitung einer sicheren Nutzung der Straße Perwomajsk – Solotoje zum Scheitern gebracht haben) ist die Falschmeldung über weitere Umtriebe der „Terroristen“ erfolgt. Und niemand von der ukrainischen Seite hat vor, real die Eröffnung von Passierpunkten für Fahrzeuge an der Abgrenzungslinie im Verantwortungsbereich der LVR, die für die örtlichen Einwohner und die internationalen humanitären Missionen so wichtig sind, in Betracht zu ziehen.

Dnr-online.ru: Am 27. Oktober fand eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit der Kontaktgruppe bei den Verhandlungen in Minsk statt.

Bei dem Treffen waren Vertreter der OSZE-Mission, Russlands sowie der Konfliktseiten anwesend: eine Delegation der ukrainischen Seite und Vertreter der DVR und LVR. Dies teilte der Pressedienst der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess mit.

Während des Treffens haben die Verhandlungsteilnehmer Fragen der Verletzung des „Schulwaffenstillstands“ und Maßnahmen zur Reaktion erörtert sowie Probleme der Trennung von Kräften und Mitteln am Abschnitt Nr. 1 Staniza Luganskaja.

Im Rahmen der ersten Frage wurde besondere Aufmerksamkeit auf die Erörterung der Methodik einer schrittweisen Ermittlung der Verletzungen des „Schulwaffenstillstands“ gelegt.

Die Vertreter der Republiken haben vorgeschlagen, auch Ermittlungen auf Grundlage der Daten der OSZE durchzuführen. Die Delegation der ukrainischen Seite hat traditionsgemäß ihre Daten vorgelegt, die den Daten der OSZE widersprechen.

Die Vertreter der Republiken haben auch die Aufmerksamkeit auf die regelmäßigen Verletzungen des gültigen „Schulwaffenstillstands“ durch die ukrainische Seite gelenkt und Daten über verletzte zivile Einwohner seit der Ausrufung des Waffenstillstands bekannt gegeben und von der ukrainischen Seite gefordert, Ermittlungen zu jedem von ihnen an die OSZE-Mission zu geben.

Wir erinnern daran, dass in der ersten Etappe der Einführung des Waffenstillstands von allen Beteiligten zusätzliche Mechanismen zur Reaktion auf Verletzungen des Regimes der Ruhe vereinbart wurden, darunter die Veröffentlichung der entsprechenden Befehle, die Durchführung von Ermittlungen zu Verstößen, Disziplinarmaßnahmen und eine öffentliche Verurteilung der Verletzer.

Wir stellen ein weiteres Mal fest, dass die ukrainische Seite bis heute nicht einen einzigen Punkt der zusätzlichen Mechanismen zur Unterstützung des Regimes der Feuereinstellung im Rahmen des „Schulwaffenstillstands“ erfüllt hat, die von der OSZE-Mission vorgeschlagen wurden. Die Verletzungen, die von der Mission festgestellt wurden, bleiben ohne Ermittlungen von der ukrainischen Seite.

Auf diese Weise stellen wir fest, dass die ukrainische Seite weiter die Trennung von Kräften und Mitteln am Abschnitt Nr. 1 durch Verfälschung und In-die-Irre-führen der Öffentlichkeit sabotiert.